

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Sieling/Troost/Hennig-
Wellsow: Rot-Rot-Grün?



J. Bischoff: Rückgang der
Rohstoffpreise & die Folgen



Helmut Martens: **Alte und
neue Wirtschaftsdemokratie**

Ralf Kronig: **Maßlosigkeit
beim Softwaregiganten SAP**

**Forum
Gewerkschaften**

Bernhard Sander:
Frankreich am Scheideweg

**JE SUIS
CHARLIE**

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Schwarz-grüner Schlafwagen?



Thorsten Schäfer-Gümbel, der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD in Hessen, beklagt das Ausbleiben eines Politikwechsels. »Willkommen im schwarz-grünen Schlafwagen!«, kommentierte er sarkastisch. Ist die schwarz-grüne Koalition ein Zukunftsmodell für andere Bundesländer? ...

Paukenschlag aus der Schweiz



Die Schweizer Nationalbank (SNB) hat den seit mehr als drei Jahren geltenden Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro überraschend aufgegeben. Diese Entscheidung war für die Unternehmen und BürgerInnen in der Schweiz ein Schock. Die Schweizer Währung schoss in die Höhe, der Euro verlor erheblich an Wert ...

Schikane per Gesetz



Hartz IV gibt es nun schon seit zehn Jahren. Am 1. Januar 2005 trat das »Gesetz über die Grundsicherung für Arbeitssuchende« in Kraft. Hartz IV wurde zur Chiffre für den bis heute tiefsten Einschnitt in das von den ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften in der Nachkriegszeit erkämpfte »soziale Netz« ...

Auf dem Weg zu neuen Bündnissen?

»Schwarze Null« oder öffentliche Wachstumsimpulse?
Carsten Sieling und Axel Troost über rot-rot-grüne Verständigungspotenziale ... 2

Susanne Hennig-Wellsow: Anders regieren
Erste Erfahrungen der rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen 8

Thomas Nord/Peter Frigger: Modell Deutschland? Nein Danke! 13

Stephan Siemens: Der gesellschaftliche Sinn der Arbeit
Auf welchem Fundament könnte Rot-Rot-Grün aufbauen? 17

Paris – Politik oder Krieg

Bernhard Sander: Frankreichs Gesellschaft am Scheideweg? 20

Baustellen der Globalökonomie

Joachim Bischoff: Die Schatten der Krise bleiben
Der Rückgang der Rohstoffpreise und seine politischen Folgen 26

Forum Gewerkschaften

Ralf Kronig: Kulturbruch beim Software-Giganten. Die Maßlosigkeit bei der SAP nimmt zu: hohe Renditen und Arbeiten ohne Ende 32

Otto König/Richard Detje: Todsichere Geschäfte
Illegale Waffenexporte – ein Plädoyer für Rüstungskonversion 35

Hermann Bueren/Stefan Konrad: Zielvereinbarung: eine umstrittene Managementmethode. Verschärfung statt Regulierung von Leistungsdruck ... 40

Helmut Martens: Alte und Neue Wirtschaftsdemokratie. Das Neuordnungskonzept des radikalen Sozialisten Viktor Agartz – aus heutiger Sicht 44

Nachruf/Rezensionen

Klaus Steinitz: Harry Nick (1932-2014)
Ein sozialistischer Ökonom der DDR, der in Erinnerung bleiben wird 49

Uli Cremer: Instrumentalisierung der EU oder im Dienste des westlichen Blocks? (zu Deppe, Imperialer Realismus?) 51

Wolfgang Schlott: Paris 1914: Ein Dokument wider gegenwärtigen Geschichtsrevisionismus (zu Fernau, Paris 1914) 53

Ulrich Meditsch: Musik und Gesellschaft (zum Z-Schwerpunktheft) 55

Stephanie Odenwald: Kulturelle Prägekraft
(zu Lauster, Verzauberung der Welt) 58

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 59

Veranstaltungen & Tipps 60

Marion Fisch: Die süße Gier (Filmkritik) 61

Nach Redaktionsschluss: Beilage zur Parlamentswahl in Griechenland

»Schwarze Null« oder öffentliche Wachstumsimpulse?

Carsten Sieling und Axel Troost über rot-rot-grüne Verständigungspotenziale

Die politische Blockade

Sozialismus: Die Situation der Parteien links von der Union ist zurzeit wenig hoffnungsvoll. Die SPD verharrt in Meinungsfragen bei ca. 25%. Carsten Sieling erklärt, die Partei habe »keine schlüssige Strategie, wie sie wieder Wahlergebnisse über 30% erzielen kann«.¹ DIE LINKE klebt bei 8%, profitiert weder von der Finanzkrise noch von der Oppositionsführerschaft gegenüber der Großen Koalition. Mit den ca. 11% für die Grünen zeichnet sich für Rot-Rot-Grün keine Mehrheit ab.

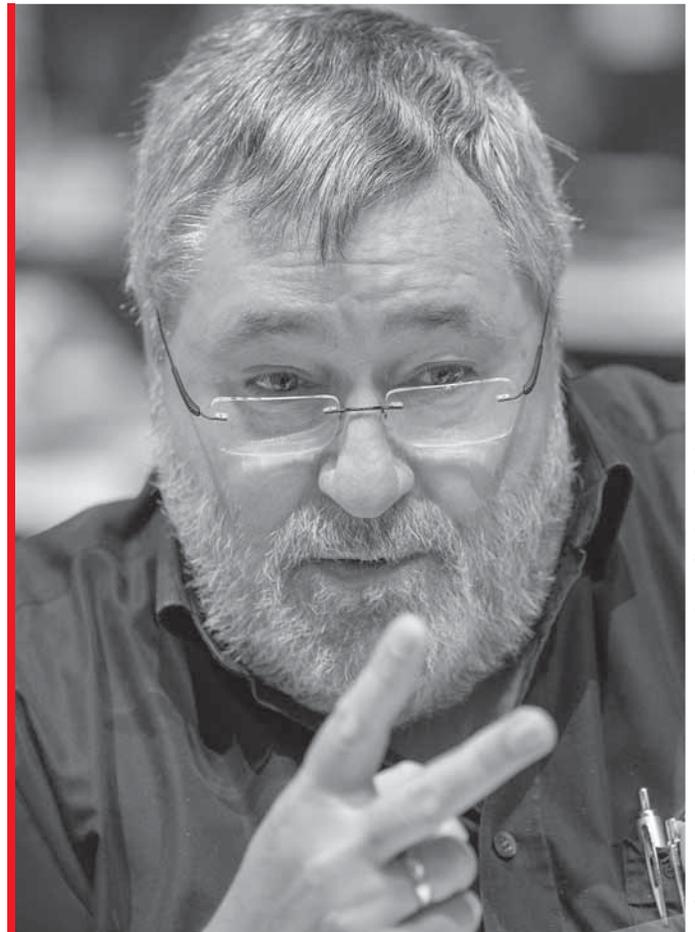
Im Gegenteil: Die drei Parteien streben aktuell eher auseinander. Albrecht von Lucke diagnostiziert eine »anhaltende Blockade von Rot-Rot-Grün, alle Signale stehen auf Schwarz-Grün. An dieser Blockade sind alle die interessiert, die nur auf Fundamentalopposition setzen«.² Andererseits werben maßgebliche Kräfte in den drei Parteien für ein Mitte-Links-Bündnis. Carsten Sieling fordert, die SPD müsse »nach links bündnisfähig« sein, Jürgen Trittin proklamiert in seinem Buch »Stillstand made in Germany« ein »Bündnis der Kräfte der linken Mitte«. Axel Troost plädiert für »einen Verständigungsprozess unter LINKEN, SPD und GRÜNEN«.³ Auch die linken Zeitschriften *Blätter für deutsche und internationale Politik*, *Sozialismus* und *spw* machen sich für die Überwindung der Blockade stark. Wie kann diese überwunden werden?

Carsten Sieling: Die Beschreibung von Albrecht von Lucke trifft sicher die aktuelle Gefühlslage. Aber ich kann daraus noch keine Schlüsse für 2017 ziehen. Gerade die schockartigen Entwicklungen der letzten Dekade haben doch gezeigt, dass die politischen Konstellationen sich schnell verändern können. Auf ihrem letzten Bundesparteitag hat die SPD einen wichtigen Schritt getan und ihre Gesprächsbereitschaft auch in Richtung der Linkspartei erklärt. Das ist eine neue Lage, die uns innerhalb der SPD bessere Ausgangsbedingungen verschafft. Ich würde also nicht die Flinte ins Korn werfen.

Axel Troost: Das eine ist die Arithmetik, das andere sind die Inhalte. Ich dringe sehr darauf, unabhängig sowohl von Arithmetik wie von den Parteispitzen Inhalte zu klären, Differenzen auszutesten und aufeinander zuzugehen. Ich halte nichts von der Initiative meines Fraktionsvorsitzenden, zuerst auf der Spitzenebene rot-rot-grüne Gespräche zu führen. Wichtig ist, diese unten zu führen. Dabei geht es nicht primär um Außenpolitik und Kriegseinsätze, sondern um Grundlagen der Wirtschaftspolitik, um Staatsverschuldung, Steuern etc. Wir müssen in den näch-

sten zwei Jahren die Zeit zur Auslotung von Gemeinsamkeiten und Differenzen nutzen, um auf dieser Basis in unsere Parteien hineinzuwirken.

Sieling: Thüringen hat gezeigt, dass die anfangs lautstarken Widerstände in dem Moment schnell verstummen, als sich eine vernünftige Koalitionsvereinbarung und eine stabile Mehrheit abzeichneten. Auf Bundesebene sieht das natürlich anders aus. Ich teile Axels Einschätzung, dass die Zeit dafür noch nicht reif ist. Jetzt geht es um Aufbau von Vertrauen, um gegenseitiges Kennenlernen von Personen und Positionen. Da spielen die »Zusammenarbeitsübungen« auf Länderebene eine wichtige Rolle. Vor der Bundestagswahl hat es in Einzelthemen wie Finanztransaktionssteuer und Vermögensteuer eine Zusammenarbeit beider Parteien gegeben. Das müsste man weiterentwickeln.



Axel Troost, DIE LINKE, am 11.5.2014 in Berlin (Foto: dpa)



Carsten Sieling: SPD, am 28.9.2011 in Bremen (Foto: dpa)

eine Beschlusslage, die deutliche Änderungen verlangt. Unter Rot-Rot-Grün existieren dazu Verständigungspotenziale, aber auch offene Fragen, die wir diskutieren müssen. Zum Beispiel darüber, Freihandelsabkommen grundsätzlich abzulehnen oder zu sagen: Regulierung auf den Weltmärkten ist im Grundsatz notwendig und auch sinnvoll. Mehr *fairer* Handel als *freier* Handel sind die Stichworte.

Ein zweiter für mich ganz wichtiger Punkt ist die Frage eines gemeinsamen Projekts. Bei der Wahl 1998 hieß das: Arbeit und Umwelt zusammenführen. Entsprechendes haben wir heute nicht. Aus meiner Sicht haben wir Aufgaben bei der Gestaltung der Flexibilisierung der Gesellschaft. Dabei geht es z.B. um Digitalisierung und Arbeitsverhältnisse. In diesem Zusammenhang finde ich auch Bodo Ramelow's Vorschlag zur Einführung einer Rentenerobergrenze spannend. Das ist alles andere als profan und löst natürlich zunächst ablehnende Reflexe aus. Aber man kann doch nicht alles flexibilisieren und die Altersgrenze starr lassen. Für bestimmte Beschäftigtengruppen stellt sich im Alter die Frage der Flexibilisierung nach oben.

Könnten die Themen Investitionsprogramm und Verteilungsverhältnisse ein solches übergreifendes Projekt sein?

Sieling: Zu Letzterem gibt es ja einen breiten Strauß von Initiativen, vor allem auf der europäischen Ebene, aber auch für Deutschland. Das ist ja auch ein Schwerpunkt von Martin Schulz und Gabriel, die gemeinsam mit der sozialdemokratischen und sozialistischen Familie in Europa in die gleiche Richtung arbeiten. Bei der Finanzierungsfrage haben wir natürlich heftige Debatten. Bei Einigen gibt es eine bestimmte Scheu, an die absolut notwendige Verteilungsfrage heranzugehen. Wir müssen das Thema Extrem-Reichtum, Multi-Millionäre und Exzess-Einkommen viel stärker thematisieren. Da haben in der Vergangenheit auch Gewerkschaften, Initiativen sozialer Bewegung und die politische Linke zu wenig auf die Straße gebracht.

Troost: Ein ganz großes Projekt ist das Thema Bildungspolitik und Chancengleichheit. Auf diesem Gebiet haben wir ähnliche Engpässe wie Ende der 1960er Jahre, auch mit Blick auf die Demografie in einem Hoch-Produktivitätsland wie dem unsrigen. Nur 8% aus den bildungsfernen Schichten erreichen heute die Universität. Wir brauchen die Ganztagschule ab der ersten Klasse, das wird inzwischen nicht nur von Linken gefordert. Das zweite Thema ist die Vermögen- und Erbschaftsteuer als kontinuierliche Einnahmequelle der Länder. Da existieren erhebliche Widerstände, die müssen im Wahlkampf angegangen werden.

Troost: Die Länderebene und vor allem Thüringen können dabei eine große Rolle spielen, auch in der West-LINKEN. Dort gibt es nach wie vor Strömungen, die aus Prinzip nicht regieren und Fundamentalopposition bleiben wollen. Die müssen in eine Minderheitenposition kommen, damit sich die Gesamtpartei in dieser Frage aufstellen kann.

Mit Blick auf die inhaltliche Diskussion stelle ich, seit die SPD Regierungspartei ist, in bestimmten Kreisen der SPD eine stärkere Zurückhaltung fest. Wir brauchen Formen der Zusammenarbeit, die für die SPD nicht wie Verrat aussehen. Auf der Bundesebene existieren mehr Gestaltungsspielräume als in den Ländern, und da kommt es auf Details an. Vor der Wahl waren alle für die Vermögensteuer, konkret lagen aber drei verschiedene Konzepte vor.

Ich bin der festen Überzeugung, dass das nur mit einem Lager-Wahlkampf funktioniert. Die Menschen müssen wissen, worauf sie sich einlassen, sie müssen notfalls auch bereit sein, dafür auf die Straße zu gehen. Von gemeinsamen Projekten müssen aber alle drei Parteien profitieren.

Gemeinsame Projekte: TTIP, öffentliche Investitionen, Flexibilisierung, soziale Spaltung

Sieling: Einen gemeinsamen Wahlkampf sehe ich nicht. Wir kommen 2017 aus der Regierung. Da wird jede Partei für sich und ihre Positionen kämpfen. Gemeinsame Aktionen sind sehr unwahrscheinlich. Es gibt aber durchaus Themen, die für Risse in der Großen Koalition sorgen. Zum Beispiel bei den heiß diskutierten Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Die SPD hat hier

Carsten Sieling ist stellvertretender finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sprecher der Parlamentarischen Linken und einer der drei Initiatoren der Magdeburger Plattform, einer Initiative zur Neu-Organisation der SPD-Linken. Axel Troost ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der LINKEN und Mitarbeiter der Memorandum-Gruppe. Für Sozialismus diskutierten Horst Arenz und Hasko Hüning.

¹ Carsten Sieling: Auf zu neuen Mehrheiten!, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 6/2014

² Albrecht von Lucke: Thüringen oder die rot-rot-grüne Konfrontation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2015

³ Axel Troost: Wie politischen Stillstand und Stagnation überwinden, in: Sozialismus 12/2014

Das dritte Projekt ist der sozial-ökologische Umbau, das herunterzubrechen wäre in konkrete Projekte.

Mittelfristig steht auch das Thema Rente auf der Tagesordnung. Die Abschaffung der Riesterrente ist unrealistisch, auch wenn ich mir das wünsche. Wir brauchen Konsens darüber, dass angesichts der erlebten Instabilität auf den Finanzmärkten die weitere Ausdehnung Kapitalmarkt basierter Altersabsicherung, die in Konkurrenz zur Umlagefinanzierung steht, abzulehnen ist. Das muss uns die nächsten zwei Jahre beschäftigen.

Das gilt auch für TTIP. Ich stimme Carsten zu: kein kategorisches Nein, es geht nicht um prinzipielle Ablehnung, das wäre auch in der ökonomischen Situation Deutschlands einfach ignorant, sondern prüfen im Detail. Das betrifft nicht nur die Investitionsschutzklauseln. Die SPD-Linke hat es da nicht gerade einfach.

Auch die Linkspartei nicht, da gilt doch mehrheitlich das kategorische Nein.

Troost: Am Ende wird es natürlich beim Nein bleiben, weil nicht alles erfüllt ist. Trotzdem kann das ein Punkt der gemeinsamen Positionsfindung im Wahlkampf werden.

Sigmar Gabriel hat erklärt, er könne die Investitionsschutzabkommen nicht verhindern. Erreicht Ihr denn in dem geplanten zweiten Parteikonvent zu TTIP erneut die Mehrheit? Lehnt Ihr weiterhin Investitionsschutzabkommen ab?

Sieling: Die privaten Schiedsgerichte und der damit verbundene Investitionsschutz sind in der Tat die Kernpunkte. Wir brauchen ein Regulationsregime auf europäischer und internationaler Ebene. Dabei geht es nicht nur um Investitionsschutz und Eigentumsfragen, sondern auch um Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz. Nicht privat bestellte Anwaltsbüros dürfen Entscheider sein, sondern ordentliche Gerichte. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat hierzu schon Kompetenzen und könnte eine Blaupause für eine faire internationale Gerichtsbarkeit sein. Ich habe aber angesichts des breiten und sehr emotionalen Widerstands Zweifel, ob eine bloße Korrektur des Abkommens überhaupt akzeptiert wird. Dahinter steht eine grundsätzliche Skepsis in der Bevölkerung gegenüber Entscheidungen der Politik, von der übrigens auch DIE LINKE betroffen ist.

Ich gehe davon aus, dass unsere jetzige Beschlusslage sich auf dem Konvent erneut durchsetzen wird – das wird sehr breit in der SPD getragen, auch in den Landesverbänden. Und es bewegt sich etwas in anderen EU-Ländern. Das gilt auch für die Investitionspolitik und die Frage des Wachstumspfad für Europa. Europa spielt eine immer wichtigere Rolle in der nationalen Politik. Bei uns ist die Ablehnung der Austeritätspolitik Konsens. Aber von der Orientierung auf Stabilität und Schuldenbremse kommen wir so leicht nicht weg. Ich persönlich halte das ökonomisch nicht für die beste Entscheidung, aber wir müssen sie als politisch gegeben hinnehmen.

»Der Kern ist nicht primär die Schuldenfrage«

Troost: In der Europadebatte existiert bei uns ein bunter Strauß von Positionen. In meinem Umfeld arbeiten wir an einer Industrialisierungsperspektive für Südeuropa, mit ersten Konferenzen in Brüssel mit Linksparteien aus dem Süden. Wir planen im Frühjahr die Veröffentlichung eines Aufrufs linker Einzelpersonen, um die Debatte dazu anzustoßen. Der Kern, da ich stimme ich Carsten zu, ist nicht primär die Staatsschuldenfrage – die muss natürlich gelöst werden –, sondern die Entwicklung der Realökonomie, ohne die gibt es keinen Abbau der Arbeitslosigkeit und der Haushaltsdefizite. Dabei muss auch mehr passieren als öffentliche Investitionen. Wir reden dabei nicht nur vom Dienstleistungssektor, sondern vor allem von der Industrie, gerade in den Südländern. Gegen die Schuldenbremse habe ich von Beginn an immer gekämpft. Jetzt steht sie im Grundgesetz.

Du hast jetzt die Fronten in der LINKEN etwas verwischt. Es gibt an beiden Extremen klare Widerstände gegen kreditfinanzierte Investitionspolitik. Die linke Seite z.B. will sich damit so lange nicht befassen, wie es nicht zu einem massiven Abbau der Vermögenskonzentration kommt.

Troost: Das würde ich nicht überbewerten. Das knüpft einfach an Alltagsbewusstsein an nach dem Muster »niedrige Zinsen sind ganz schrecklich«, »Schulden sind immer schlecht«, »Schulden sind Umverteilung von unten nach oben« etc. Das ist allerdings wenig glaubwürdig, weil die Zinsbelastung der öffentlichen Hand heute nur halb so hoch ist wie im Jahr 2000.

Sieling: In der Steuerpolitik hat die SPD gute Beschlüsse zur Anhebung des Spitzensteuersatzes, zur Abgeltungssteuer, Finanztransaktionssteuer, übrigens auch zur Vermögensteuer. Aber wir werden uns als Linke zudem um die Entlastung der mittleren Einkommen kümmern müssen. Wer für untere und mittlere Einkommen etwas tun will, schwächt natürlich die öffentlichen Einnahmen. Die Entlastung werden wir für eine Mehrheitsfähigkeit aber brauchen.

Troost: Wir sind uns bei der kalten Progression im Grundsatz einig. Man sollte auch über den linearen Tarif nachdenken, weil man die Einkommensgrenze nicht einfach immer weiter nach oben schieben kann. Es darf keine Mindereinnahmen der Länder und Kommunen ohne Gegenfinanzierung geben. Im Zweifelsfall haben bei Wahlen die Menschen eher das eigene Portemonnaie im Blick als die Piketty-Debatte über die ganz hohen Einkommen. Allerdings ist das im Moment kein Problem, weil wir keine Inflation haben.

Sieling: Das ist ein in der politischen Linken insgesamt zu wenig konkretisierter Punkt. Ein nicht unerheblicher Teil der Jahreseinkommen bis 35.000 Euro ist von steuerlichen Entlastungsmodellen gar nicht betroffen. Für die ist die Frage der Abgaben viel wichtiger, z.B. auch die Frage, wie wir die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts erfüllen, jedes Kind gleich zu behandeln. Auch das müssen wir unbedingt angehen. Es geht nicht nur um die Exzess-Einkommen, sondern vor allem um die Entlastung

der Einkommen breiter Schichten. Was gemeinsame Projekte betrifft, möchte ich aber noch andere Punkte ansprechen. Es gibt eine Reihe von Zukunftsfragen, bei denen nachgelegt werden muss. Das ist zunächst der Klimawandel. Da sind die Grünen am weitesten. Die Kohlepolitik wird eine Herausforderung, die SPD und LINKEN einiges abverlangen wird.

Der zweite Strang ist die von mir schon angesprochene Flexibilisierung der Gesellschaft. Viele eigentlich gar nicht unpolitische Menschen beteiligen sich nicht mehr an den politischen Entwicklungen und gehen nicht mehr zur Wahl. Andere leiden wiederum unter der im Namen der Flexibilisierung stattfindenden brutalen Ausbeutung. Der »Silicon-Valley-Kapitalismus« ist nichts anderes als eine moderne Form des Manchester-Kapitalismus. In der SPD geht dazu gerade die Diskussion los. Wer den Menschen eine Vision, ein Bild für den Politikwechsel für die Zukunft anbieten will, muss breiter aufgestellt sein als nur zum natürlich zentralen Problem der sozialen Ungleichheit.

Troost: Soziale Gerechtigkeit ist für die Grünen weniger wichtig als in unseren beiden Parteien. Für uns ist dagegen die soziale Frage zentral, also Armut und Altersarmut, Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Ausgrenzung. Wir stoßen aber auf die zunehmende Wahlethaltung in diesen Schichten, darauf müssen wir eine Antwort finden.

Flexibilisierung der Gesellschaft

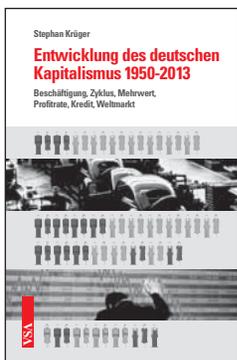
Carsten hat im Zusammenhang mit der Flexibilisierung und Digitalisierung Ramelows Vorschlag der Flexibilisierung der Altersgrenze nach oben erwähnt. Dabei geht es um individuelle Lebensführung. Die Ansprüche an autonome Lebensführung sind gestiegen. Unser Eindruck ist, dass das in der LINKEN ein Tabu ist. Dass Individualisierung unter dem Stichwort Entwicklung von Individualität im Sinne gewachsener Kompetenz in der eigenen Lebensführung auch eine positive, zivilisatorische Seite hat, wird ausgeblendet. Müsste nicht eine zukunftsorientierte Linke bei der Suche nach gemeinsamen Projekten in dem Punkt vorangehen?

Troost: Das machen wir ja. Wir werden in der »Woche der Zukunft«, die wir im April veranstalten, diesem Thema einen eigenen Block widmen. Aber das ist kein Massenthema. Wichtiger ist das bei der Arbeitszeit unter dem Stichwort Zeitsouveränität, also der Vereinbarung von Arbeits- und Lebenszeit. Der Einzelne muss wieder die Verfügungsgewalt über seine Arbeitszeit bekommen und sie nicht an den Arbeitgeber abgeben. Das muss dann auch mit den Veränderungen der Produktionsstandards verknüpft werden. Darauf sind wir noch viel zu wenig eingestellt, aber das ist auf jeden Fall ein gemeinsames Thema.

Das wäre auszuweiten auf das Feld der Demokratie in Betrieb und Verwaltung, auch da entwickeln die Beschäftigten neue An-

VSA: Die Gegenwart verstehen

www.vsa-verlag.de



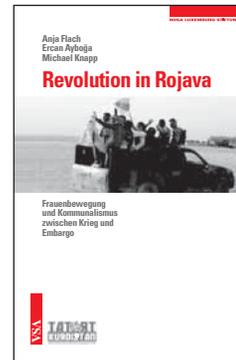
Stephan Krüger
Entwicklung des deutschen Kapitalismus 1950-2013
Beschäftigung, Zyklus, Mehrwert, Profitrate, Kredit, Weltmarkt
140 Seiten | € 12,00
ISBN 978-3-89965-641-1
Ein statistisches Taschenbuch zu allen relevanten Daten des deutschen Nachkriegskapitalismus bis in die jüngste Gegenwart.



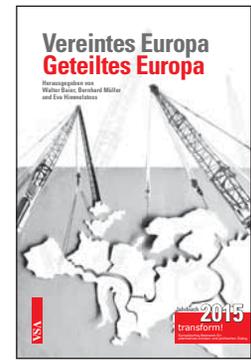
Ralf Krämer
Kapitalismus verstehen
Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart
von Ralf Krämer
208 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-644-2
Grundlagenwissen und Argumente für politisch und gewerkschaftlich Aktive im globalisierten und finanzgetriebenen Kapitalismus..



Joachim Bischoff/
Bernhard Müller
Piketty kurz & kritisch
Eine Flugschrift zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert
96 Seiten | € 9,00
ISBN 978-3-89965-646-6
Was kann von einem der meistverkauften Sachbücher für das Verständnis des aktuellen Kapitalismus gelernt werden und was nicht?



Anja Flach/Ercan Ayboga/
Michael Knapp
Revolution in Rojava
Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo
288 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-658-9
Revolution in Rojava steht für ein einmaliges basisdemokratisches, geschlechterbefreites und ökologisches Projekt im Westen Kurdistans.



transform!
Vereintes Europa Geteiltes Europa
Jahrbuch 2015 des Europäischen Netzwerks für alternatives Denken und politischen Dialog – deutschsprachige Ausgabe
256 Seiten | € 22,80
ISBN 978-3-89965-629-9
Sieben Jahren nach der Krise: Die EU präsentiert sich wirtschaftlich, sozial und politisch zerrissen.

Im Buchhandel oder direkt bei: **VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de**

sprüche an Arbeitsinhalte und Beteiligung. Ohne Demokratie in den Unternehmen bleibt das Thema Zeitsouveränität stecken.

Troost: Da bin ich noch gar nicht beim ganzen Thema Demokratie, sondern bei der Demokratie im Kleinen. Also etwa bei der Frage: Ist der Betriebsrat noch der Kollektivschutz für alle Beschäftigten, muss der nicht – übertrieben gesprochen – von Maschine zu Maschine gehen, um Einfluss nehmen zu können? Das ist eine große Herausforderung für die Gewerkschaften, aber auch für uns, obwohl es bezogen auf die Mitgliederzahlen der letzten zwei/drei Jahre wieder aufwärts geht.

Es geht nicht nur darum, soziale Wohltaten zu versprechen. Wir müssen als SPD und LINKE den Menschen auch unsere Wirtschaftskompetenz dokumentieren, dass wir in der Lage sind, Ökonomie und Finanzen nachhaltig zu gestalten, und dabei Zukunftsmodelle aufzeigen. Sonst wird es uns nicht gelingen, eher der Union zugewandte Teile der Arbeitnehmerschaft zu überzeugen.

Zum Stichwort Mehrheitsfähigkeit des Mitte-Links-Bündnisses hat Carsten in dem eingangs zitierten spw-Artikel darauf verwiesen, dass die SPD die größten Verluste in der Arbeitnehmerschaft, in der »Kernwählerschaft« erlitten hat. In diesem Bereich ist DIE LINKE extrem schwach, in ihrem Profil nach außen ist sie immer noch die Partei des Prekariats, die Hartz IV-Partei. Im Grunde haben beide Parteien das gleiche Problem. Was können sie dagegen tun?

Sieling: Es gibt da zwei Herausforderungen. Eine haben wir gerade diskutiert unter dem Stichwort Flexibilisierung der Gesellschaft. Unsere Antworten sind da sicher noch nicht ausreichend. Das hat dazu beigetragen, dass die Bindung der Menschen an die Parteien zurückgegangen ist. Davon sind übrigens auch die Gewerkschaften betroffen. Von diesen Verlusten profitiert die Union. Aber der größte Teil der Halbierung unserer Wählerschaft seit 1998 von 20 auf heute 11 Millionen ist ja nicht an die LINKE oder die Grünen gegangen, sondern zu den Nichtwählern. Darum müssen wir bei der sozialen Sicherheit und an der Einkommensfrage arbeiten.

Wir müssen das ausbügeln, was mit den Hartz-Gesetzen zerstört wurde. Die Hauptsachen für die Einbrüche liegen bei Hartz IV, bei der Rente mit 67 und bei der Mehrwertsteuer-Erhöhung – mit den bekannten Folgen für die Binnenwirtschaft und für die Ungleichgewichte in Europa. Das wird auch in den Ortsvereinen der SPD immer wieder benannt.

»Vertrauensverlust ist der entscheidende Punkt«

Der ehemalige DGB-Vorsitzende Michael Sommer spricht davon, die SPD habe mit der Agenda ihre Seele verraten. Ist das Hauptproblem der SPD bei der Frage, warum sie von den 25% nicht wegkommt, der Vertrauensverlust – also dass die Leute der Partei nicht mehr glauben, wenn sie heute einen Kurs der schrittweisen Distanzierung von der Agenda verfolgt?

Sieling: Ich würde nicht gerade vom Verrat ihrer Seele sprechen, aber der Vertrauensverlust ist der entscheidende Punkt. Da-



Karikatur: Economist

rum beharre ich so darauf, dass wir die Reparatur der Agenda 2010 in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik und die Neu-Positionierung in der Bildungs- und Kommunalpolitik unbedingt fortsetzen. Der Wiederaufbau von Vertrauen dauert länger als eine Legislaturperiode. Dass Misstrauen ist so groß, dass weder die geschriebene Aussage noch das Gesetzesblatt ausreichen, um das abzubauen. Erst wenn es in der Hosentasche klimpert, wird geglaubt, dass die SPD etwas für die Verbesserung der Einkommen tut.

Viele sagen, die SPD habe ihr Pulver in der Großen Koalition verschossen, da sei kein Ass mehr im Ärmel.

Sieling: Das ist Unsinn. Wir müssen jetzt z.B. die vereinbarten Punkte zur Leiharbeit und das ganz wichtige Thema Werkverträge abarbeiten. Aber auch über den Koalitionsvertrag hinaus werden wir die eben diskutierten Fragen einbringen. Es wäre ein fataler Fehler, wenn die SPD in den Fragen Kindergeld, Familienpolitik, Arbeitszeiten und soziale Ungleichheit ihren im letzten Jahr gefundenen Kurs wieder aufgibt.

Troost: Man kann deutlich sehen, dass die SPD in den Betrieben und bei den Gewerkschaften wieder an Zustimmung gewonnen hat, und zwar zu unseren Lasten. Die Stabilisierung im Westen ist bei uns dringender denn je. Für Hamburg und Bremen mache ich mir da weniger Sorgen, im Gegensatz zu den Flächenländern. 2015 wird alles andere als einfach. Pegida und AfD sind möglicherweise nicht der Schlusspunkt. Wir stehen gemeinsam vor größeren rechtspopulistischen Herausforderungen, und zwar vielleicht nicht mit Henkel & Co, sondern mit Volkstribunen. Wenn der Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern anhält und die nicht in den Kommunen vernünftig, menschenwürdig dezentral untergebracht werden, dann wird das zum direkten Wahlprogramm für Populisten von rechts. Nur zu sagen, Solidarität und »Wir sind die besseren Menschen«, reicht nicht aus.

Von der Austeritäts- zur Wachstumspolitik

Albrecht von Lucke schreibt in den Blättern: »Als Energie- und Wirtschaftsminister läuft Gabriel der Mitte hinterher.« Carsten, Du selbst kritisierst in spw, Gabriel setze mit dem neuen wirtschaftsfreundlichen Kurs »auf die alten Rezepte konserva-

tiver und liberaler Wirtschaftspolitik«. Auch auf EU-Ebene erklären Gabriel, Oppermann und Steinmeier, in den Krisenländern müsse am Austeritätstakt festgehalten werden. Fördert dieses Hin und Her nicht den Vertrauensverlust?

Sieling: Ich warne davor, in eine rein angebotsorientierte Politik zurückzufallen. Das würde völlig ins Leere laufen. Die SPD-Linke wird darauf beharren, dass die Verteilungs- und Wachstumsfragen zusammenhängen, weil sie zwei Seiten einer Medaille sind. Bei der Austeritätsdebatte muss man die unterschiedlichen Verschuldungsquoten berücksichtigen. Spanien war der Musterknabe. Bei anderen Krisenländern wird der Austeritätsdruck nicht nachlassen. Aber das ist nicht die Lösung des Problems. Von der sozialdemokratischen Seite muss die Investitions- und Wachstumsorientierung gepusht werden. Wir brauchen jetzt konkrete Programme für Länder wie Griechenland.

Troost: Der neue IMK-Bericht⁴ hat für Deutschland die finanziellen Spielräume aufgezeigt, die im abgelaufenen Jahr nicht ausgeschöpft wurden, und darauf hingewiesen, dass in Zukunft die für den Bund zulässige Neuverschuldung in Höhe von 0,35% vom BIP auch für Investitionen genutzt werden müssen, und zwar jedes Jahr und nicht wie Schäuble in drei Jahren. Auch ich habe in meiner Partei die Diskussion um die schwarze Null. Für mich läuft die schwarze Null auf ein Verspielen von Zukunftschancen hinaus. Die Debatte wird also weiterlaufen.

Sieling: Auf jeden Fall. Die schwarze Null ist ja noch mal mehr als die Schuldenbremse. Auch angesichts der guten ökonomischen Zahlen müssen wir für Investitionsprogramme mehr als Schäubles 10 Mrd. machen, und zwar relativ schnell.

In der Diskussion über die Krisenländer stünde für die SPD also nicht mehr die Austeritätspolitik im Vordergrund, sondern die Wachstumspolitik?

Sieling: So ist es. Das ist auch die Position der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament. Martin Schulz und Sigmar Gabriel bemühen sich zurzeit, die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien durch regelmäßige Treffen stärker handlungsfähig zu machen, und dabei steht das Wachstumsthema im Mittelpunkt.

Ist der Eindruck falsch, dass im Konzept des Wirtschaftsministeriums und der EU-Kommission die private Finanzierung, sprich ÖPP oder PPP, im Vordergrund steht?

Sieling: Zur Mobilisierung von privatem Kapital existieren ganz unterschiedliche Modelle. Über die Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministeriums weiß man noch überhaupt nichts. Aber richtigerweise sind an den dortigen Beratungen die IG Metall, die IG BCE und auch ver.di beteiligt. Ich glaube nicht, dass schlechte ÖPP-Modelle dabei herauskommen. Vagabundierendes privates Kapital für öffentliche Investitionen anzulocken, kostet aber zusätzlich den Renditeaufschlag.

Troost: Da findet zurzeit ein großer Eiertanz statt. Der Juncker-Plan ist im Prinzip die Erkenntnis: Austeritätspolitik ist gescheitert. Aber zugleich setzt man weiter auf Spar-Haushalte, auf die Durchsetzung der so genannten Reformen in den anderen Ländern, und jetzt müsse man etwas fürs Wachstum tun. Über die Erfolgsaussichten ist der jüngste IMK-Bericht sehr skeptisch. Entweder sind es unrentable Investitionen mit öffentlichen Bürgschaften, wenn es in die Hose geht, oder sie sind rentabel, dann wäre die private Finanzierung überflüssig. Von den ökonomischen Wirkungen läuft es letztlich auf nichts anderes als ÖPP oder PPP hinaus. Gabriel fokussiert auf Investitionen mit öffentlichem Interesse, während es bei Juncker nur um private Investitionen geht. Am Ende ist es bei beiden teurer, ineffektiver und weniger demokratisch kontrollierbar. Diese Konzepte privater Finanzierung sind nicht zu Ende gedacht. Wenn die Nachfrage da ist, findet man auch auf dem Kapitalmarkt die entsprechenden Mittel. Beim Ausbau schneller Internetnetze berichten mir die Experten: Wo es sich rentiert, wird eh investiert. Wo es sich nicht rentiert, wie bei mir in der sächsischen Schweiz, geht es nur mit extrem aufwändiger, d.h. teurer Absicherung.

Wie gehen wir mit grüner Wachstumskritik um? Dort ein heißes Thema, aber auch in der Linkspartei gibt es ausgeprägte Wachstumskritik.

Troost: Die Grünen sind da weiter als wir, die haben das Thema schon seit ihrer Gründung auf dem Zettel. Bei uns lautet die Frage: Heißt Wachstum mehr Schlote, mehr Emissionen oder Ausweitungen im Bereich Dienstleistungen, Kultur, Bildung? Mit unserem Konzept des ökologischen Umbaus sind aber erste Schritte gemacht. Zwischen den Grünen und uns geht es auch um die Frage: mehr marktorientierte Politik versus öffentliche Investitionen? Die Grünen haben präziser bestimmt, was Wachstum konkret heißt: Wieviel Zuwachs wollen wir in einzelnen Bereichen haben? Während unsere Kritiker_innen Wachstum überhaupt ablehnen. Die Debatte muss geführt werden, begleitet von ökonomischer Alphabetisierung. Wir wollen alle kein Wachstum von Umweltschäden, und wir wollen auch keine Konstanz in der Umweltbelastung, sondern den Rückbau.

Sieling: Ein starker öffentlicher Impuls ist notwendig. Bei der Digitalisierung, in der Energiewende, beim Ausbau der Dienstleistungen geht es aber auch um private Investitionen. Und auch bei der Modernisierung von Wohngebäuden für ältere Menschen ist der Anteil privaten Kapitals sehr hoch.

Troost: Klärungsbedarf besteht auch über die Ausweitung sozialer Dienstleistungen. In der Memorandum-Gruppe arbeiten wir seit Längerem dazu. Da gibt es im Prinzip zwei Wege: Der erste in Großbritannien, low road genannt, mit Niedriglohn und Privatisierung, oder der high road-Weg in Skandinavien im öffentlichen Dienst, in kommunalen Einrichtungen, demokratisch organisiert mit sozial abgesicherten Arbeitsplätzen. Auch diese Diskussion sollten wir stärker angehen.

⁴ Horn, G. u.a.: Wirtschaftspolitik unter Zwängen, IMK-Report 102 (http://www.boeckler.de/imk_5269.htm?produkt=HBS-006013&chunk=1&jahr=)

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

